

Niels Kadritzke

Griechenland: Tsipras' Absturz

In Griechenland hat die Wahl zum Europaparlament ein wichtiges Resultat und eine wichtige Erkenntnis gebracht. Beide haben nichts mit europäischen Fragen zu tun. Das wichtigste Resultat ist ein vorgezogener Termin für Neuwahlen zum griechischen Parlament, die am 7. Juli stattfinden werden. Die wichtige Erkenntnis lautet: Die regierende Syriza wird diese Wahlen verlieren und im Sommer durch eine Regierung unter Führung der konservativen Nea Dimokratia (ND) abgelöst werden.¹

Ministerpräsident Alexis Tsipras wollte seine Regierung eigentlich bis zum Ende der regulären Legislaturperiode im September durchschleppen. Das verwehrt ihm jetzt ein Wahlergebnis, das der ND einen klaren Vorsprung von über 9 Prozentpunkten gegenüber Syriza beschert hat. Beide Parteien und vor allem auch Tsipras hatten die Europawahl zum „Votum“ über die Athener Regierung erklärt. Deshalb blieb ihm nach dem Menetekel vom 26. Mai nichts anderes übrig, als die nationalen Wahlen vorzuziehen. Seine Chancen, den Rückstand gegenüber der ND aufzuholen, sind allerdings gleich null.

Falls die ND auf einen Koalitionspartner angewiesen sein wird – was wahrscheinlich ist –, bietet sich dazu die drittstärkste Partei an: die Kinal (Bewegung des Wandels), wie sich die ehemals „sozialistische“ Pasok heute nennt. Ins Parlament einziehen wer-

den auf linker Seite überdies die leninistische KKE und ziemlich sicher auch die neue Partei MePA 25 von Yannis Varoufakis. Starke Einbußen erfuhr die Neonazi-Partei Chrysi Avgi, deren Stimmenanteil bei der Europawahl fast halbiert wurde. Ihr Absturz signalisiert allerdings keine Schwächung des rechtsradikalen Lagers. Denn die Verluste der Neonazis entsprachen den Gewinnen der neuen Partei Elliniki Lysi (Griechische Lösung), die mit ihrem religiös eingefärbten Rechtsradikalismus und ihrer Agitation gegen den Namenskompromiss mit Nordmazedonien aus dem Stand über 4 Prozent erzielen konnte. Auch bedeutet die Schwäche der Chrysi Avgi keine Entwarnung für die Zukunft, denn bei der Altersgruppe der 17- bis 24jährigen kam die Partei auf über 13 Prozent. Keine Chancen auf die Verteidigung ihrer Sitze hat hingegen die rechtspopulistische Anel von Tsipras' ehemaligem Verteidigungsminister Panos Kammenos, die mit 0,8 Prozent bei den Europawahlen geradezu pulverisiert wurde.

Warum aber droht der Syriza eine derart klare Niederlage gegen ihre konservative Konkurrenz? Warum hat die Linkspartei am 26. Mai fast ein Drittel jenes Wählerpotentials verloren, das sie noch im September 2015 ausschöpfen konnte? Damals erzielte sie ihren zweiten Wahlsieg, obwohl sie den schmerzhaften Kompromiss mit der Realität bereits vollzogen hatte – nämlich mit der Unterschrift unter das dritte Memorandum nach Tsipras' Niederlage in Brüssel. Schon deshalb kann die Enttäuschung über den politischen „Purzelbaum“ (*kolotoumba*) von 2015 nicht als hinreichende Ursache für die Wahlniederlage vom Mai 2019 gelten.

1 Dieser Text basiert auf einer Analyse, die Niels Kadritzke in seinem Blog „Nachdenken über Griechenland“ auf der Website von „Le Monde diplomatique“ (deutsche Ausgabe) verfasst hat. Weitere Berichte erscheinen unter: www.monde-diplomatique.de/blog-nachdenken-ueber-griechenland.

Eine plausible Erklärung sollte andere Gründe ins Auge fassen, allen voran das Versprechen der Tsipras-Regierung im Herbst 2015: Sie werde auch nach der bedingungslosen Kapitulation vor der Troika eine realistische Version linker Minimalpolitik betreiben und zugleich die „ethischen Grundlagen“ von Staat und Gesellschaft erneuern. Tsipras versprach also eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die im Rahmen der fiskalischen Möglichkeiten diejenigen unterstützt, die am meisten unter den Krisenfolgen gelitten hatten. Zudem wollte seine Partei größtmögliche Ehrlichkeit gegenüber der Bevölkerung walten lassen und bekannte sich zu einer Regierung der „sauberen Hände“.

Auf diesen Zusicherungen gründete Syriza ihren Anspruch auf „ethische Überlegenheit“ gegenüber den Parteien, die Griechenland in die Krise führten. Hätte die Tsipras-Regierung diese Erwartungen auch nur einigermaßen erfüllt, so hätte sie einen Großteil ihrer Wähler vom September 2015 wohl bei der Stange halten können.

Wenn die Wähler Kassensturz machen

Stattdessen beklagte Syriza-Generalsekretär Panos Skourletis jüngst, die Regierung habe eine ihr „fremde“ Politik des Sparens umsetzen müssen, die viele Wähler nicht den wahren Schuldigen zugerechnet hätten, nämlich den früheren Regierungen: „Wenn du Kassensturz machst, interessiert dich kaum, ob du von den 100 Euro, die dir fehlen, 70 unter einer ND- oder Pasok-Regierung verloren hast, und nur 30 unter Syriza. Entscheidend ist, dass dir das Geld fehlt, weil die Realität eben so übel ist.“ Bei den Wahlen von 2015 seien ND und Pasok für die „üble Realität“ bestraft worden, nun treffe es eben Tsipras und Syriza.²

2 Zit. nach „Efimerida ton Syntakton“, 28. und 29.5.2019.

Dass die Vertreter der Regierung dieses Schicksal als ungerecht empfinden, ist verständlich, gerade mit Blick auf die vielen begrenzten, in der Summe aber sehr beachtlichen Korrekturen an den Sparprogrammen. So hat die Tsipras-Regierung den Mindestlohn angehoben und die Einschränkung der Tarifverhandlungen aufgehoben; sie hat die elementare Krankenversorgung für Hunderttausende von Nicht-Versicherten durchgesetzt; sie hat erstmals Wohngeldzuschüsse für bedürftige Familien eingeführt und den Schutz der Erstwohnung für viele Haushalte abgesichert, denen wegen ihrer Kreditschulden die Zwangsversteigerung droht; und sie hat die Mehrwertsteuer für viele Grundnahrungsmittel – und für die Gastronomie – von 24 Prozent auf 13 Prozent abgesenkt, die für den Stromverbrauch von 13 auf 6 Prozent.³

Am letzten Punkt lässt sich jedoch zeigen, warum die Tsipras-Regierung den enttäuschten und abgehängten Syriza-Anhängern nur schwer imponieren kann. In deren Augen hat sie damit nämlich lediglich ihr „Sündenregister“ bereinigt, denn sie selbst war es ja, die im August 2015 auf Druck der europäischen Gläubiger die Mehrwertsteuer für Lebensmittel auf horrende 24 Prozent hochtreiben musste.

Veto der Gläubiger

Zudem ist die Skepsis gegenüber den „Entlastungen“ gerade bei den Krisenopfern groß. Dies liegt auch daran, dass einige der Maßnahmen hinter früheren Ankündigungen der Syriza zurückblieben, weil die Gläubiger ihr Veto eingelegt hatten oder weil sie nicht gründlich durchgerechnet waren. Nicht unterschätzt werden darf zudem die Tiefe der Krise: Das Schrump-

3 Siehe die sehr genaue Analyse von Axel Troost und Rainald Ötsch, Umsteuern in Athen. Griechische Steuerpolitik unter Syriza und den Memoranden, Rosa Luxemburg Stiftung 2019.

fen der Wirtschaftsleistung um über 25 Prozent in den vergangenen Jahren hat eben nicht nur die Ärmsten der Armen getroffen, sondern auch einen Großteil der Mittelklasse.

Ein Beispiel dafür ist das Gesetz zum „Schutz der Erstwohnung“, bei dem insbesondere der IWF und der Europäische Stabilitätsmechanismus demonstriert haben, dass sie nach wie vor eine „verschärfte“ Nach-Memorandums-Aufsicht über die griechische Haushaltspolitik ausüben. Die von der Regierung geplanten – und von den griechischen Banken abgesegneten – Regelungen für die Bedienung notleidender Hypothekenkredite beurteilten die Aufseher als zu „schuldnerfreundlich“. Deshalb reduzierten sie beispielsweise den Schutz von privaten Immobilien, die der Besicherung von Firmenkrediten dienten; oder sie senkten den Schwellenwert von Zweitimmobilien, die den Besitzern trotz Zahlungsrückständen für die Erst-Immobilie erhalten bleiben.⁴

Diese Korrekturen waren durchaus begründbar, aber sie betrafen ein Gesetz, das die Interessen der gebeutelten Mittelschichten bedienen sollte. Vor allem aber wurde den Wählern durch diesen Eingriff der Gläubiger signalisiert, dass die Regierungsmaßnahmen generell unter einem „Finanzierungsvorbehalt“ stehen, das heißt von der Haushalts- und Konjunktorentwicklung abhängen.

Zudem können die Gläubiger jede Athener Regierung weiterhin unter Druck setzen, weil eine negative Beurteilung oder gar ein offizieller Einspruch gegen bestimmte Maßnahmen „die Märkte“ beeinflusst, deren Reaktion die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates bestimmt.

Doch die Regierung hat ihren moralischen Vorteil auch mit Blick auf die „politische Aufrichtigkeit“ verspielt, die Tsipras der griechischen Bevölke-

rung angekündigt hatte: Schluss mit dem alten System der falschen Versprechungen und erfundenen Erfolgsgeschichten.

Falsche Versprechungen

An diesen guten Vorsatz hat sich Syriza nicht gehalten. Das beginnt schon mit ihren Zusagen von „sozialen Korrekturen“, die auf überoptimistischen bis leichtfertigen Prognosen über die „Erholung“ der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes basierten. Die Regierung erzeugte damit eine Diskrepanz zwischen „positiven“ gesamtwirtschaftlichen Daten und den negativen Erfahrungen, die den Alltag der meisten Griechinnen und Griechen prägen. Ein gutes Beispiel für diese fatale Diskrepanz ist die Wahrnehmung der Erwerbslosigkeit, die im Jahr 2018 immer noch bei 19,3 Prozent lag. Hier betonte die Regierung stets, die Arbeitslosenquote sinke, wenn auch zäh. Die Bevölkerung hingegen bekam vor allem die prekäre Qualität der neuen Arbeitsplätze zu spüren. Von denen sind über die Hälfte lediglich Teilzeit- oder Gelegenheitsjobs und damit großenteils ohne Sozialversicherung.⁵

Die falschen Versprechungen waren zwar nicht so gravierend wie die der alten Parteien in früheren Zeiten. Aber Syriza ist ja auch erst vier Jahre an der Macht. Auch wenn vieles dafür spricht, dass sie nie so skrupellos agieren wird wie die Protagonisten der ND und der früheren Pasok, hatte sie einen anderen Leumund zu verlieren. Deshalb ist für die Partei die Beschädigung ihrer Reputation viel folgenreicher. Den Konservativen und der „sozial herr-

4 Zu den Details der Regelungen siehe Niels Kadritzke, Die dritte Regierung Tsipras, www.monde-diplomatique.de, 21.2.2019.

5 Im Privatsektor verdienen heute rund 25 Prozent der Beschäftigten weniger als 500 Euro monatlich und über 11 Prozent sogar weniger als 250 Euro (2010 waren es lediglich rund 11 bzw. 3,5 Prozent). Vgl. das Jahresgutachten des Forschungsinstituts des Gewerkschaftsverbandes GSSE unter: s.kathimerini.gr/resources/article-files/etisia_ekthesi_2019_h_elliniki_oikonomia_kai_i_apasxolisi.pdf.

schenden Klasse“ traut ein Großteil der Bevölkerung sowieso alles zu – bei Syriza ist man noch enttäuscht.

Verluste wegen Nordmazedonien

Geschadet hat der Regierung Tsipras aber auch ihre mutige Politik in der Mazedonienfrage: Im Norden des Landes, an der Grenze zu Nordmazedonien, hat Syriza bei der Europawahl signifikant schlechter abgeschnitten als im übrigen Griechenland. Rechnet man die Resultate in den 13 Regionalbezirken zwischen Kastoria und Kavalla und zwischen Kilkis und Grevena zusammen, liegt der Vorsprung der ND vor Syriza bei rund 14 Prozent, das heißt um fast 5 Prozentpunkte höher als im nationalen Durchschnitt.

Das ist ein tragischer Befund. Er zeigt, dass Syriza mit einer Politik, die sich klar gegen die populistisch-opportunistische Politik der alten Parteien absetzt, eine Menge Stimmen verloren hat. Aber die Niederlage lag nicht nur an der Mazedonienfrage.

Syriza hatte nur eine einzige Chance, das Handicap zu kompensieren, dass sie die sozialen Scherben einer „fremden Austeritätspolitik“ zusammenfegen musste (was ja ohnehin nicht die klassische Aufgabe einer linken Partei, sondern eher die einer nüchternen Sozialdemokratie ist): Sie musste sich als erneuernde Kraft beweisen, die sich auf jene Reformen konzentriert, ohne die jede ökonomische Strategie auf Sand gebaut ist. Und die zudem eine Mehrheit der griechischen Gesellschaft für wünschenswert und notwendig hält.

Angesichts von Korruption und Klientelismus sei es die wichtigste Aufgabe der griechischen Linken, einen Staat aufzubauen, der „irgendwie einem normalen liberalen demokratischen System ähnelt“, empfahl Slavoj Žižek Syriza schon 2014. Er riet Tsipras und seinen Genossen gar zu einem Bündnis mit rational denkenden

und „anständigen“ Kapitalisten, die den „klientelistischen und parasitären Staat“ ebenso satt haben wie die meisten Griechinnen und Griechen.⁶ Es steht außer Zweifel, dass Syriza diese Aufgabe nicht bewältigt und nicht einmal richtig angefangen hat.

Das alte System kehrt zurück

Ob Tsipras und Syriza bessere Chancen gehabt hätten, wenn das europäische politische Umfeld nicht von der Troika besetzt und von der Berliner Regierung dominiert gewesen wäre, ist eine berechtigte Frage – die aber jetzt überholt ist.

Was nun die Abkehr vom Klientelismus betrifft, so müssen wir angesichts der bevorstehenden Abwahl der Tsipras-Regierung alle Hoffnungen fahren lassen. Mit der Nea Dimokratia kehrt das „alte System“ zurück. Das wichtigste Ziel ihrer künftigen Regierung hat der populistische ND-Vize Adonis Georgiades vorgegeben: Die nächsten Wahlen müssen sicherstellen, dass es in Griechenland „nie wieder“ eine linke Regierung geben wird.

Die erste demokratietechnische Weichenstellung ist bereits beschlossen. Sie wurde von Georgiades einen Tag nach der Wahl vom 26. Mai verkündet und von Parteichef Kyriakos Mitsotakis bestätigt: Die künftige Regierung wird die von Syriza initiierte Änderung des Wahlrechts in Richtung eines reinen Verhältniswahlrechts (das ohnehin erst bei den übernächsten Wahlen angewendet worden wäre) wieder rückgängig machen. Damit wird der Bonus der 50 Extra-Sitze für die stärkste Partei erhalten bleiben und die Funktion erfüllen, die er von Anfang an haben sollte: Er soll das traditionelle System wahlrechtlich absichern – und damit jenen Klientelismus, der sich am Ende der Syriza-Periode als so zählebig erwiesen hat.

6 Vgl. „Efimerida ton Syntakton“, 26.6.2014.